

Abrüsten fürs Klima!



Rheinmetall steigt ins Geschäft mit Wärmepumpen ein. Heckler & Koch schwärmt auf seiner Webseite von ökologischen Perspektiven. Und die Bundeswehr setzt auf »klimaneutrale synthetische Kraftstoffe für unsere Waffensysteme«. Sind Rüstung und Militär neuerdings grün? Wer genauer hinsieht, muss feststellen: Das Gegenteil ist der Fall!

Die Klima- und Biodiversitätskrise hat immense Auswirkungen auf unser Leben. Hitzewellen und Flutkatastrophen erreichen inzwischen auch Mitteleuropa. Infrastruktur, Wassergewinnung, Landwirtschaft und medizinische Versorgung müssen dringend daran angepasst werden – man spricht von Resilienz. Der deutlich stärker betroffene Globale

Süden braucht dafür technische und finanzielle Unterstützung, sonst drohen ganze Regionen unbewohnbar zu werden. »Deutschland gehört zu den Mitverursachern des Klimawandels. Und deshalb tragen wir ... Verantwortung dafür, den Klimawandel aufzuhalten und seine Folgen solidarisch zu bewältigen«, betonte unlängst Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD). Was nötig ist, um auch künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern, liegt auf der Hand: Eine rapide Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen sowie ein klarer Fokus auf Resilienz und internationale Zusammenarbeit. Rüstung und Militär helfen dabei nicht – im Gegenteil, sie stehen diesen Zielen sogar massiv im Weg! Und das aus mehreren Gründen.

Foto: dpa

1. Jeder Krieg ist eine ökologische Katastrophe

Krieg hinterlässt verbrannte Erde: Detonationen und Brände, radioaktive Munition, Chemikalien und Kampfmittel führen zu ökologischen Katastrophen an Land und in den Meeren. Ganz zu schweigen von den apokalyptischen Zerstörungen, die ein Atomkrieg mit sich bringen würde. In der Berichterstattung bleiben diese Aspekte oft im Hintergrund; doch Menschen, Natur und Klima leiden jahrzehntelang darunter. Schätzungen zufolge hat der Irak-Krieg mehr als 250 Millionen Tonnen Treibhausgase verursacht – das ist deutlich mehr als die jährlichen Emissionen von Spanien und heizt die Klimakrise zusätzlich massiv an.

2. Die Klimabilanzen des Militärs sind eine Blackbox

Militär und Rüstungsindustrie sind jedoch auch in Friedenszeiten Klimakiller! Wissenschaftliche Hochrechnungen gehen davon aus, dass sie weltweit 5,5 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen verursachen. Zum Vergleich: Der Luftverkehr ist für rund

3 Prozent verantwortlich. Ein Leopard 2-Panzer verbraucht im Schnitt rund vier Liter Diesel – pro Kilometer! »Keine einzelne Organisation stößt so viele Treibhausgase pro Jahr aus wie das US-Militär – mehr als Länder wie Peru oder die Schweiz«, sagt die US-Politologin Neta Crawford von der Universität Oxford. Doch während andere Emissionen gemäß der UN-Klimarahmenkonvention penibel erfasst und jährlich offengelegt werden müssen, ist das Militär aus den Klimaschutzprotokollen von Kyoto und Paris explizit ausgenommen. Entsprechend taucht es auch nicht im Klimabericht des Weltklimarates IPCC auf. Doch ohne belastbare Daten lassen sich keine gezielten Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen im Militärssektor umsetzen.

3. Auch die Bundeswehr verfehlt die Klimaziele

Die Bundeswehr ist zumindest einen Schritt weiter – sie veröffentlicht regelmäßig einen Nachhaltigkeitsbericht. Darin zeigt sich, dass die Truppe nicht zum Klimaschutz beiträgt: Ihr CO₂-Ausstoß ist von 2019

Frieden braucht Klimaschutz braucht Abrüstung

Petition an den Deutschen Bundestag



Kriege, Militarisierung und Rüstungsproduktion schaden dem Klima und stehen der Energiewende im Weg! Helfen Sie uns, möglichst viele Unterschriften für unsere Forderungen zu sammeln. Vor der Weltklimakonferenz 2024 wollen wir diese als Petition an den Deutschen Bundestag einreichen:

- Kein Freibrief mehr fürs Militär: Die Streitkräfte weltweit müssen ihre Emissionen endlich transparent machen und deutlich reduzieren!

- Abrüstung für Klima und Frieden: Statt klimaschädlicher Aufrüstung müssen Krisenprävention und Energiewende stärker gefördert werden.

Weitere Unterschriftenlisten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.



B-52-Bomber der US-Luftwaffe beim Start: Die strategischen Langstreckenbomber aus den 1960er-Jahren sollen noch für mehrere Jahrzehnte im Einsatz bleiben Foto: dpa



Notunterkünfte für Geflüchtete bei Mogadishu: In Somalia herrscht die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten, über 90 Prozent des Landes sind betroffen Foto: dpa

bis 2021 um fast 18 Prozent gestiegen! Und selbst diese erschreckenden Zahlen sind unvollständig: Auslandseinsätze, zivile Flüge von Bundeswehr-Angehörigen und die Klimabilanz der Rüstungsproduktion werden nicht erfasst. Eine britische Studie der »Scientists for Global Responsibility« kommt zu dem Schluss, dass der tatsächliche CO₂-Fußabdruck der Bundeswehr im Jahr 2019 mehr als dreimal so hoch war, wie im Nachhaltigkeitsbericht angegeben. Es sei zu erwarten, dass die immense Aufrüstung nun zu weiter steigenden Treibhausgas-Emissionen führe. Jede Milliarde mehr fürs Militär fehlt also nicht nur bei der Finanzierung der Energiewende; sie verursacht sogar neue Klimaschäden!

4. Militarisierung ist Ausdruck einer klimaschädlichen Politik

Die zehn Länder mit den weltweit größten Treibhausgas-Emissionen (zu denen auch Deutschland gehört) haben alle überdurchschnittlich hohe Militärausgaben! Ihre Politik der militärischen Dominanz geht Hand in Hand mit einer gravierenden Zerstörung von Umwelt und Biodiversität, dem Festhalten an fossilen Energien (oft bezogen von autoritären Regimen) und einer ungerechten Handels- und Klimapolitik. Das Nachsehen haben die Menschen, in deren Heimat ein Überleben kaum noch möglich ist. Und das werden immer mehr. Fast 24 Millionen mussten laut Vereinten Nationen im Jahr 2021 vor Naturereignissen fliehen. »Der Klimawandel könnte zum Hauptfluchtgrund werden. Er verstärkt den

Wettstreit um die Ressourcen – Wasser, Nahrungsmittel, Weideland – und daraus können sich Konflikte entwickeln«, warnte der heutige UN-Generalsekretär António Guterres schon 2009. Die wachsende Gefahr neuer Konflikte dient den reichen Industrienationen wiederum als Argument für eine »Sicherheitspolitik« mit noch mehr Abschottung und Aufrüstung. Ein perfider Teufelskreis.

Grundsätzliches Umdenken ist nötig

Wer es ernst meint mit Frieden und Klimaschutz, muss diesen Teufelskreis durchbrechen! Ohne Rüstung Leben fordert von der Politik, anzuerkennen, dass militärische Rüstung immer mit gravierenden Umwelt- und Klimaschäden einhergeht. Die Klimabilanzen von Militär und Rüstungsindustrie müssen umfassend veröffentlicht und verpflichtende Treibhausgas-Reduktionen festgelegt werden. In der Folge muss die weltweite Aufrüstung gestoppt werden, weil sie dem Klima massiv schadet.

Die Klimakrise befeuert künftige Konflikte! Wer das verstanden hat, kommt nicht daran vorbei, deutlich mehr in zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, globale Klimagerechtigkeit und einen schnellen Ausstieg aus fossilen Energien zu investieren. So wird Klimaschutz zu einem Beitrag für den Frieden. Und Abrüstung zu einem Beitrag für mehr Klimaschutz.

Simon Bödecker

Blumen und Gärten statt Militär

Ausstellung »FRIEDENSKLIMA!« auf der BUGA 2023



Wir freuen uns, dass das Thema Frieden prominent auf der Bundesgartenschau (BUGA) in Mannheim vertreten ist. Noch bis zum 8. Oktober 2023 wird dort die Ausstellung »FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden« gezeigt. Inmitten von Blumen und Gärten macht sie die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zum Thema.

Die SDGs sind Teil der Agenda 2030, mit der die Vereinten Nationen Armutsbekämpfung, ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung verknüpfen. Sie sollen den Frieden fördern und allen Menschen ein Leben in Würde, Freiheit und in einer intakten Umwelt ermöglichen. Mit farbenfrohen Stelen und Elementen zum Mitmachen erklärt die Ausstellung in Mannheim den Inhalt der SDGs und zeigt, welche Maßnahmen bereits ergriffen wurden, um sie zu erreichen. Zentral ist dabei das Ziel 16: »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen«. Gestaltet wurde die Ausstellung von der »Friedensregion Bodensee«. Dass sie auf der BUGA zu sehen ist, ist dem Förderverein Frieden Mannheim, der DFG-VK Mannheim und dem Friedens-

bündnis Mannheim zu verdanken. Unterstützt werden sie von weiteren Organisationen, darunter auch Ohne Rüstung Leben. Die Ausstellung hat auf dem offiziellen BUGA-Plan die Nummer 65; sie befindet sich im östlichen Teil des Spinelli-Parks, neben dem Aussichtsturm. Das ist ein besonderer Standort, denn es handelt sich dabei um eine Konversionsfläche: Wo heute Blumen blühen, Bäume die Luft filtern und großzügige Wiesen zum Flanieren einladen, war noch bis 2014 US-amerikanisches Militärgelände.

Simon Bödecker

Mehr Informationen zur Ausstellung und die begleitende Broschüre haben wir für Sie zusammengestellt unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Die farbenfrohe Ausstellung auf der BUGA in Mannheim
Fotos: Frieder Fahrbach



Krisenprävention weiterdenken

Fundierte Empfehlungen für Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung

»Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken«, das fordert Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit weiteren Organisationen von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Wir möchten erreichen, dass die Außenpolitik aus Fehlern lernt und sich besser darauf vorbereitet, künftigen Konflikten zu begegnen, bevor sie eskalieren. Doch was ist dafür nötig?

Antworten gibt ein neues Papier der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Rund 80 Expertinnen und Experten aus Friedensforschung und -praxis haben die Empfehlungen mit dem Titel *Krisenprävention weiterdenken* im Rahmen eines Fachgespräches entwickelt. Ihr Fazit: Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung können mit vergleichsweise überschaubaren Mitteln deutlich

ausgebaut und wirkungsvoll eingesetzt werden! Der Zivile Friedensdienst sollte dafür bis 2029 auf 1.000 Fachkräfte ausgebaut werden. Das ließe sich schon mit einem jährlichen Etat von 200 Millionen Euro umsetzen. Lokale Organisationen in Krisen- und Konfliktländern sollten zudem stärker auch direkt gefördert werden.

Die Fachleute schlagen ergänzend vor, 100 spezialisierte Stellen an deutschen Botschaften zu schaffen, die für die Unterstützung und den Schutz von Friedens- und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten zuständig sind. Für den Einsatz in internationalen Friedensmissionen – beispielsweise der Vereinten Nationen oder der OSZE – sollten 1.500 deutsche Polizeibeamtinnen und -beamten

bereitstehen. Außerdem empfiehlt das Papier, Friedensbildung, Friedensforschung und den gesellschaftlichen Dialog zum Thema Frieden in Deutschland zu stärken.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, Planziele für die zivile Krisenprävention zu definieren. Als Mitglied der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung erwarten wir, dass die Empfehlungen aus dem fundierten Papier dabei aufgenommen werden!

Simon Bödecker

Das Empfehlungspapier *Krisenprävention weiterdenken – Erste Empfehlungen für zivile Planziele der Bundesregierung* finden Sie unter pzkb.de/zivile-planziele-erste-empfehlungen-und-fachgesprachsdokumentation.



Über Frieden sprechen, aber wie?

Impulse für die deutsche Debatte zum Ukraine-Krieg

Mit einer gemeinsamen Erklärung haben sich fünf deutsche Organisationen der Zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit an die Öffentlichkeit gewandt. Sie können auf langjährige Aktivitäten in der Ukraine oder im ukrainisch-russischen Dialog verweisen. Nun möchten sie zu einer konstruktiven und respektvollen Diskussion über Solidarität und Wege zum Frieden

beitragen. Dafür haben die Organisationen acht bedenkenwerte Thesen zur Debatte über den Ukraine-Krieg ausgearbeitet.

Sie finden die Erklärung unter www.forumzfd.de/de/ueber-frieden-sprechen-aber-wie.

Aktive von Ohne Rüstung Leben beim Internationalen Bodensee-Friedensweg
Foto: privat



»Ein Signal an die Welt!«

Interview mit Alejandra Muñoz von der niederländischen Friedensorganisation PAX



Proteste vor dem
Atomwaffen-
stützpunkt Volkel
Foto: dpa

Die humanitären Folgen von Atomwaffen machen nicht vor Grenzen halt – die Arbeit für eine atomwaffenfreie Welt jedoch auch nicht! In einer losen Reihe stellen wir Ihnen Menschen aus anderen europäischen Ländern vor, die sich mit uns für atomare Abrüstung einsetzen. Diesmal sprachen wir mit Alejandra Muñoz, Projektleiterin für Humanitäre Abrüstung bei der niederländischen ICAN-Partnerorganisation PAX.

Alejandra, wie viele Atomwaffen gibt es in den Niederlanden und wo sind sie stationiert?

In den Niederlanden gibt es etwa 15 bis 20 US-Atombomben, die seit Anfang der 1960er-Jahre auf dem Luftwaffenstützpunkt Volkel stationiert sind. Früher war die atomare Bewaffnung größer; diese Waffen sind nach dem Kalten Krieg übrig geblieben. Da die niederländische Regierung die Präsenz von US-Atomwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet nach wie vor geheim hält, ist es schwierig, exakte Zahlen zu bekommen.

Du arbeitest für das »PAX No Nukes«-Projekt. Bitte stelle uns die Organisation und das Projekt kurz vor.

PAX ist die größte Friedensorganisation in den Niederlanden. Wir setzen uns für den Schutz der Zivilbevölkerung in Konflikten ein, unterstützen lokale friedensfördernde Aktivitäten und fordern die Beschränkung oder vollständige Abschaffung bestimmter Waffen. »No Nukes« ist das Programm von PAX zur nuklearen Abrüstung. Mit Kampagnen, Lobbyarbeit und Veröffentlichungen fordern wir die niederländische Regierung auf, die US-Atombomben von niederländischem Boden zu verbannen und sich für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) einzusetzen. Als Mitglied der ICAN-Lenkungsgruppe sind wir auch an den internationalen Anstrengungen für eine weltweite Anwendung und effektive Umsetzung des AVV beteiligt.

Gemeinsam mit ICAN veröffentlicht PAX die Studie Don't Bank on the Bomb. Kannst du unseren Leserinnen und Lesern mehr darüber erzählen?

Finanzinstitute spielen eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung von Unternehmen aller Art. Das gilt auch für Atomwaffenproduzenten. Die jährliche Don't Bank on the Bomb-Studie ist die einzige frei zugängliche Informationsquelle zu den Unterneh-

men, die am stärksten an der Produktion von Atomwaffen beteiligt sind – und zu ihren Geldgebern. Finanzinstitute können aber auch für Veränderungen beim Kampf für die Abschaffung von Atomwaffen wichtig sein. Die zweite Komponente von *Don't Bank on the Bomb* ist eine Veröffentlichung, die zeigt, dass immer mehr Finanzinstitute Investitionen in die Atomwaffenindustrie entweder ganz ausschließen (die sogenannte »Hall of Fame«) oder einschränken (die »Runners-Up«). So macht sich *Don't Bank on the Bomb* die Rolle des Finanzsektors zunutze, um ein größeres Bewusstsein für Atomwaffen zu schaffen und sie stärker zu stigmatisieren. Wenn ein Investor beschließt, seine Zusammenarbeit mit einem Unternehmen zu beenden, weil es an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt ist, dann sendet er damit ein klares Signal an die Welt, dass Massenvernichtungswaffen niemals akzeptabel sind.

Wie stehen denn die niederländische Bevölkerung und die Regierung zu Atomwaffen?

Bis heute hat die niederländische Regierung nicht offiziell bestätigt, dass es Atomwaffen in den Niederlanden gibt. Das erschwert die offene und demokratische Debatte über die ethischen, sicherheitspolitischen und finanziellen Auswirkungen der nuklearen Teilhabe. In der Vergangenheit hat eine Mehrheit im Parlament gefordert, die Atomwaffen von unserem Territorium abzuziehen und die nukleare Teilhabe zu beenden. Daraufhin hat die Regierung stets behauptet, dies sei eine Entscheidung der NATO und nichts, das die Nieder-

lande selbst beschließen könnten. Die Stationierung von US-Atomwaffen ist jedoch das Ergebnis einer Reihe von bilateralen Abkommen zwischen den Niederlanden und den USA – daher kann auch auf bilateraler Ebene darüber verhandelt werden, diese Vereinbarungen zu beenden. Hier auf die NATO zu verweisen ist eine rein politische Entscheidung. Meinungsumfragen – die jüngste von November 2020 – haben übrigens durchweg gezeigt, dass die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung einen Beitritt zum AVV und den Abzug der US-Atomwaffen von niederländischem Boden befürwortet.

Kannst du uns schon über eure nächsten Pläne berichten?

Wir arbeiten gerade an der nächsten *Don't Bank on the Bomb*-Studie, die diesen Sommer veröffentlicht wird. Sie stellt Finanzinstitute auf der ganzen Welt vor, die eine klare Linie gegen Investitionen in Atomwaffenhersteller verfolgen. Auf nationaler Ebene arbeiten wir weiter daran, die geplante Stationierung neuer US-Atombomben des Typs B61-12 bekannter zu machen und dagegen zu protestieren. Und wir drängen die niederländische Regierung, an der zweiten AVV-Vertragsstaatenkonferenz im November 2023 in New York teilzunehmen.

Hartelijk bedankt für dieses Interview und weiterhin viel Erfolg für eure Arbeit!

Fragen und Übersetzung: **Simon Bödecker**

www.nonukes.nl
www.dontbankonthebomb.com



Alejandra Muñoz
Foto: Savine Minderhoud



Aktionswoche »Jetzt erst recht!«

Gemeinsam mit ICAN Deutschland und der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« ruft Ohne Rüstung Leben zur Aktionswoche 2023 für das UN-Atomwaffenverbot auf.

Zwischen dem Weltfriedenstag (21. September) und dem Internationalen Tag für die Abschaffung aller Atomwaffen (26. September) sind Aktionen und Veranstaltungen geplant.

Mehr unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

HENSOLDT
SPEXER™ 2000 3D MKIII Radar

X-Band Puls-Doppler Radar
based on AESA technology
Ford Ranger 'On the Move' Demo vehicle

Im Schatten des Rüstungsbooms

Kritische Aktionärinnen und Aktionäre bei Rheinmetall und Hensoldt

Der Hensoldt-Vorstandsvorsitzende Thomas Müller und Bundeskanzler Olaf Scholz im Januar 2023
Foto: dpa

Der Krieg gegen die Ukraine und das deutsche Aufrüstungsprogramm haben die Aktienkurse deutscher Rüstungsunternehmen in die Höhe schnellen lassen. Geschickt nutzt die Branche die Angst vor Putins Krieg, um ihr Image aufzupolieren. Die gravierenden Schattenseiten der Waffenhersteller geraten darüber schnell aus dem Blickfeld. Deshalb haben die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre auch in diesem Jahr bei den Hauptversammlungen Gegenanträge eingereicht und ihr Rederecht genutzt, um den Finger in die Wunde zu legen.

Am 9. Mai 2023 fand die virtuelle Hauptversammlung der Rheinmetall AG statt – Deutschlands größtem Rüstungskonzern. Wir haben Vorstand und Aufsichtsrat mit scharfer Kritik konfrontiert: Als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre auf der Hauptversammlung und mit einer unüberseh-

baren Kundgebung vor der Konzernzentrale in Düsseldorf.

Die Geschäfte von Rheinmetall laufen bestens: Für 2023 rechnet der Konzern mit einem Rekord-Auftragseingang in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Euro. Einen großen Anteil daran wird das sogenannte Bundeswehr-Sondervermögen haben, aus dem noch für dieses Jahr ein hohes einstelliges Milliardenpaket erwartet wird.

Rheinmetall: Strafanzeige, nukleare Teilhabe und »neue Heimatmärkte«

Während die Schlagzeilen von Rheinmetalls möglichem Einstieg ins Geschäft mit Wärmepumpen dominiert wurden, sorgten wir dafür, dass die dunklen Seiten der Geschäftspolitik nicht in Vergessenheit geraten. So hat die

»Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« Strafanzeige wegen möglicher Beihilfe von Rheinmetall zu Kriegsverbrechen im Jemen gestellt. Der Konzern hält auch weiter an seiner Strategie der Schaffung »neuer Heimatmärkte« fest. Ziel des Konzeptes ist es, sich von deutschen Exportregularien unabhängiger zu machen, um weiter Exportgeschäfte in alle Welt tätigen zu können. Diese fragwürdige Geschäftspolitik prangern wir an! Zudem kritisieren wir scharf, dass sich Rheinmetall mit einer neuen Fabrik in Weeze an der Herstellung von Rumpfteilen für die F-35A-Atombomber beteiligen will, von denen die Bundesregierung 35 Exemplare bestellt hat. Mit seiner Mitwirkung am Bau des neuen deutschen Atombombers fördert Rheinmetall die nukleare Aufrüstung in Deutschland und verstärkt so die Gefahr einer Eskalation in Europa.

Hensoldt: Rüstungsproduktion mit Beteiligung der Bundesregierung

Am 12. Mai 2023 folgte die Hauptversammlung einer weiteren deutschen Rüstungsgröße: der Hensoldt AG. Diese entstand Anfang 2017 durch eine Ausgliederung der Rüstungselektronik-Sparte des Airbus-Konzerns. Die Bundesregierung sicherte sich Ende 2020 einen maßgeblichen Einfluss; sie ist mit einer Sperrminorität von 25,1 Prozent an Hensoldt beteiligt. Weiterer Großaktionär ist der Rüstungskonzern Leonardo, der zu rund 30 Prozent in italienischem Staatsbesitz ist.

Die Hensoldt AG mit Hauptsitz in Taufkirchen bei München bezeichnet sich selbst als einen der Top-15-Anbieter für Rüstungselektronik weltweit. Der Konzern produziert beispielsweise Radarsysteme, Sensoren, Zielerfassungssysteme und Störsender, die in größere Waffensysteme eingebaut werden können. So findet sich Technik von Hensoldt im Eurofighter und im Leopard-2-Kampfpanzer. Auch an der Entwicklung des europäischen Kampfflugzeuges der Zukunft (FCAS) ist der Konzern beteiligt.

Fragwürdige Zahlungen und Kooperationen

Die Hensoldt AG verfügt über Vertriebsstandorte in der Türkei, in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Daran zeigt sich deutlich, dass der Rüstungskonzern bereit ist, mit Staaten zu kooperieren, in denen Autokraten an der Macht sind, Menschenrechte massiv verletzt werden und die in Kriege involviert sind – zum Beispiel in Libyen, im Jemen oder in Nord-syrien. Der Nahe Osten liegt nach Europa auf Platz zwei der Regionen, in denen Hensoldt im Jahr 2022 den größten Umsatz erzielte. Ein weiterer Ausbau der Geschäftsbeziehungen in diesem »Schlüsselmarkt« scheint geplant. Dabei nimmt sich der Konzern ein schlechtes Vorbild am Rüstungsprimus Rheinmetall: Auch Hensoldt verfügt über einen Produktionsstandort in Südafrika, von dem aus Exportgeschäfte getätigt werden können, die in Deutschland womöglich nicht genehmigt werden würden. Um Deals in Uganda und Katar zu ergattern, soll der Konzern laut jüngsten Vorwürfen auch fragwürdige Zahlungen geleistet haben.

Business as usual

Während ihre Manager in den Medien von Nachhaltigkeit und Sicherheit sprechen, hält die deutsche Rüstungsindustrie also weiterhin an Geschäften mit hochproblematischen Kunden fest. Immer wieder spielen dabei ausländische Produktionsstandorte und fragwürdige Zahlungen eine zentrale Rolle. Das zeigt einmal mehr, wie dringend ein striktes Rüstungsexportkontrollgesetz geschaffen werden muss, das es international aufgestellten deutschen Rüstungsunternehmen unmöglich macht, deutsche Rüstungsexportregelungen zu umgehen! Denn Waffenlieferungen in Krisenregionen oder in Länder, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden, haben nichts mit Sicherheit und Nachhaltigkeit zu tun.

Charlotte Kehne

Weitere Informationen zu unserem Engagement als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre, auch bei der Heckler & Koch AG, finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Proteste am 9. Mai 2023 vor der Rheinmetall-Konzernzentrale
Foto: Simon Bödecker



Widersprüchlich und intransparent

Ernüchterung über die Außenpolitik der Bundesregierung



hat früh gefordert, sie zu einer Friedensstrategie zu machen. Was nun jedoch – viel später als geplant – verabschiedet wurde, hat den Namen »Strategie« nicht verdient: Die Ampel-Parteien haben schlicht ihre bekannten, teils widersprüchlichen Pläne und Vorstellungen zu Papier gebracht. »Strategisches Denken definiert Prioritäten, mit einem Blick auf begrenzte Ressourcen«, kommentierte *Die Zeit* treffend. »Dies ist kein Strategiedokument, sondern eine Bekräftigung, dass wir die Guten sind.«

Prioritäten werden nun wohl leider an anderer Stelle geschaffen: Im Finanzministerium. »Wenn man ... zusätzliche Ausgaben-schwerpunkte setzen will, zum Beispiel bei Verteidigung oder Bildung, dann muss man umso mehr woanders kürzen«, stellte Finanzminister Christian Lindner bereits klar. Was das genau bedeutet, ließ er jedoch lange offen. Einen **Haushaltswurf für 2024** legte sein Ministerium erst Anfang Juli 2023 vor – deutlich später als üblich.

Diese Intransparenz macht es schwer für die Zivilgesellschaft, wichtige Korrekturen einzufordern. So deutet sich an, dass der Verteidigungsetat weiter steigen, die Etats für Entwicklungsministerium und Auswärtiges Amt jedoch gekürzt werden sollen. Wie unter diesen Bedingungen der dringend nötige Ausbau der **zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung** (Seite 5) weitergeht, ist völlig offen.

Ein weiteres Vorhaben der Ampel-Regierung, das auf sich warten lässt, ist das **Rüstungsexportkontrollgesetz**. Das federführend zuständige Wirtschaftsministerium hatte im Oktober 2022 seine Eckpunkte vorgelegt, die sich seitdem in der Abstimmung zwischen den Ressorts befinden. Aktuell sind die Eckpunkte laut Staatssekretär Sven Giegold »zwischen Baum und Borke«. Wir bleiben dran und fordern weiter ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz!

Die **Intention des Atomwaffenverbotsvertrages** wollte die Regierung »konstruktiv begleiten«. Doch auch davon ist nicht viel zu sehen. Die »Stockholm-Initiative«, mit der die Ampel konkrete Abrüstungsschritte erreichen wollte, scheint eingeschlafen. Stattdessen wurde die desaströse Erklärung der G7 von Bundeskanzler Olaf Scholz mitgetragen. Und mit der Beschaffung von F-35A-Atombombern hält Deutschland an der nuklearen Teilhabe fest. Die nächste Gelegenheit, sich ernsthaft und konstruktiv für nukleare Abrüstung einzusetzen, ist die Staatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag in New York. Wir fordern, dass die Bundesregierung dort einen Kurswechsel einleitet!

Charlotte Kehne und Simon Bödecker

Ausführliche und aktuelle Einordnungen zu diesen Themen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Foto: Simon Bödecker

Die Ampel-Koalition ist vor rund eineinhalb Jahren mit großen Ambitionen gestartet. Fortschrittlich und richtungweisend wollte sie sein, auch in der Außenpolitik. Inzwischen jedoch macht sich Ernüchterung breit.

Die **Nationale Sicherheitsstrategie** sollte den Rahmen für die internationale Politik Deutschlands vorgeben. Ohne Rüstung Leben

Was kann ich für den Frieden tun?

Seit 45 Jahren gibt Ohne Rüstung Leben Antworten auf diese Frage

Im Frühjahr 1978 trat Ohne Rüstung Leben erstmals an die Öffentlichkeit – und gab allen Menschen die Möglichkeit, dafür einzutreten, dass Frieden ohne Waffen entwickelt wird. Seitdem konnten wir bedeutende, vorher unmöglich erscheinende Meilensteine erringen. Und doch bleibt unsere Friedensarbeit heute so wichtig wie eh und je.

Hätten wir nicht in den 1980er-Jahren mit der »Kampagne gegen Rüstungsexport« darauf gedrängt, womöglich gäbe es immer noch keine regelmäßige Berichterstattung über deutsche Rüstungsexporte. Vielleicht wäre Daimler ohne die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre noch heute einer der größten deutschen Rüstungshersteller. Und ganz sicher gäbe es ohne uns und unsere Partnerorganisationen keinen Zivilen Friedensdienst als erfolgreiches Instrument der deutschen Außenpolitik. Unsere Erfahrungen zeigen, was nötig ist, um sich auch in schwierigen Zeiten erfolgreich für den Frieden einzusetzen: Überzeugende Argumente und Konzepte, starke Partnerinnen und Partner – und ein langer Atem!

Diesen Weg wollen wir auch in den nächsten Jahren weitergehen: Als Teil des internationalen ICAN-Netzwerkes unterstützen wir den UN-Atomwaffenverbotvertrag (AVV) und üben so lange Druck auf die Bundesregierung aus, bis Deutschland endlich beiträgt. Wir setzen uns in der »Aktion Aufschrei – Stopp den

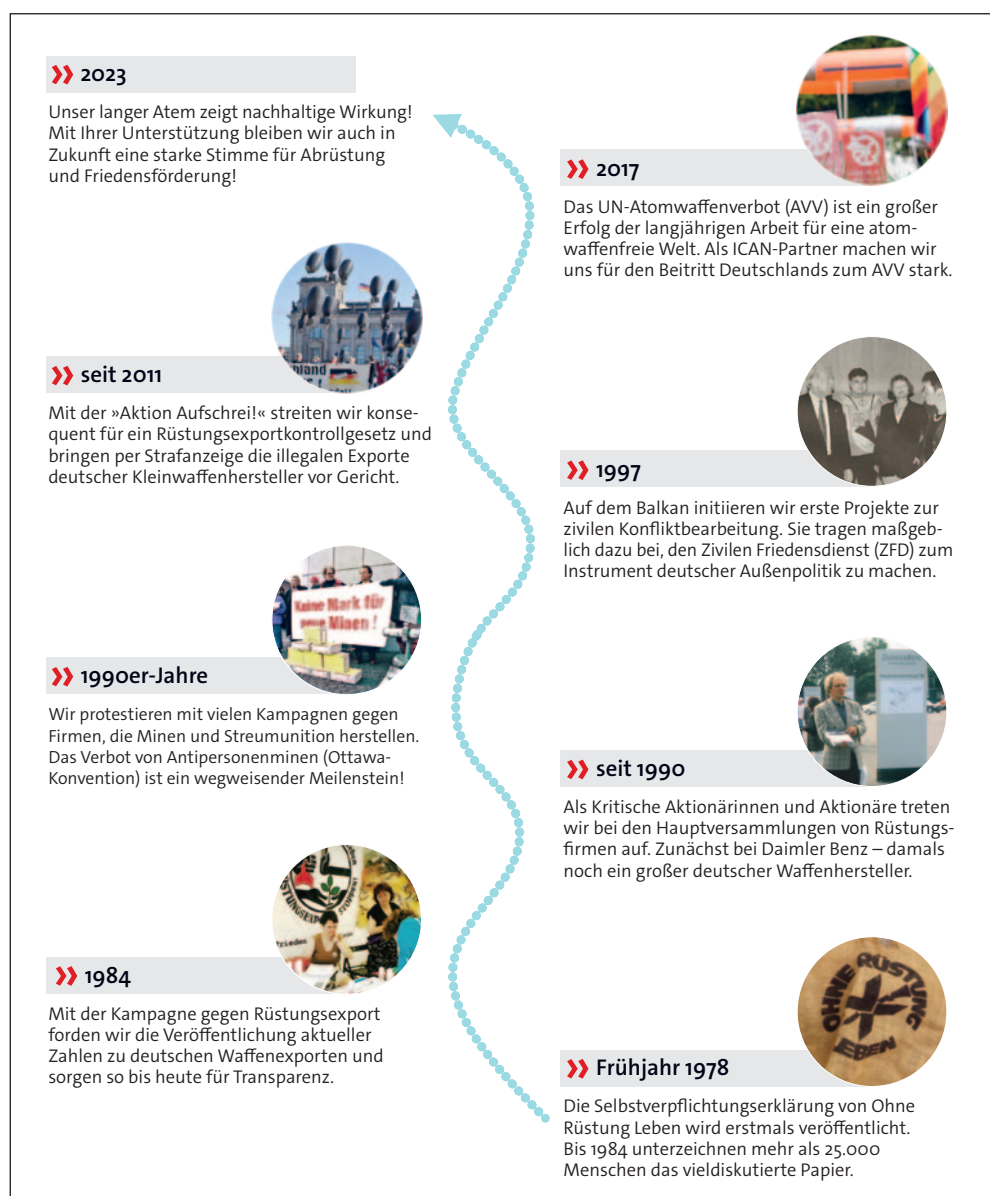
Waffenhandel!« mit Gesprächen, Aktionen und klaren Forderungen für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz ein. Und wir streiten für eine Politik, die auf Konflikte frühzeitig mit zivilen Mitteln der Krisenprävention reagiert – denn nur so können wir künftiger Gewalt und künftigen Kriegen rechtzeitig vorbeugen.

Unterstützen Sie uns jetzt mit Ihrer Jubiläumsspende für 45 Jahre Ohne Rüstung Leben, damit wir unsere Arbeit unabhängig und zielstrebig weiterführen können – als gemeinsamer Beitrag für den Frieden.

Simon Bödecker

Mehr zu unserer Geschichte unter www.ohne-ruestung-leben.de.

Grafik: Simon Bödecker



Liebe Leserin, lieber Leser,

halb Europa leidet mittlerweile unter Wassermangel. Extreme wie der Hitzefrühling in Spanien oder die katastrophale Flut in Italien nehmen zu. Viele Menschen blicken mit Sorge auf den Sommer. Gleichzeitig jedoch flogen beim Manöver »Air Defender« zwei Wochen lang gut 250 Militärflugzeuge über Europa hin und her, verbrannten Unmengen Kerosin und stießen hunderttausende Tonnen CO₂ aus. Wenn wir das Klima retten wollen, geht das nur mit konsequenter Abrüstung (Seite 1)!

Eine andere Politik ist möglich: Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung könnten mit vergleichsweise überschaubaren Mitteln deutlich ausgebaut und wirkungsvoll eingesetzt werden (Seite 5). Und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zeigen, wie sich Armutsbekämpfung, ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung verknüpfen lassen. Doch der Bundesregierung sind anscheinend alle außenpolitischen Visionen abhandengekommen (Seite 10).

Wer in diesen schwierigen Zeiten für Frieden und Abrüstung eintreten will, braucht überzeugende Argumente und Konzepte, starke Partnerinnen und Partner – und einen langen Atem! Nach diesem Rezept arbeitet Ohne Rüstung Leben nun schon seit 45 Jahren und hat einiges erreicht (Seite 11). Ich danke Ihnen herzlich dafür, dass Sie uns begleiten und unsere Arbeit mit Ihrer Unterstützung ermöglichen!



Ihr

Simon Bödecker

Impressum
Herausgeber
 Ohne Rüstung Leben
 Arndtstraße 31
 70197 Stuttgart
 Telefon 0711 608396
 E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
 Simon Bödecker

Auflage:
 15.000

Informationen zum Datenschutz:
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
 4. Juli 2023

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
 ZKK 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt



Inhalt

- 1 | Titel**
Abrüsten fürs Klima!
- 2 | Aktion**
Frieden braucht Klimaschutz braucht Abrüstung
- 4 | Aktuell**
Ausstellung »FRIEDENSKLIMA!« auf der BUGA 2023
- 5 | Aktion**
Krisenprävention weiterdenken
- 6 | Hintergrund**
»Ein Signal an die Welt!«
Interview mit Alejandra Muñoz von PAX
- 8 | Aktion**
Im Schatten des Rüstungsbooms
- 10 | Aktuell**
Ernüchterung über die Außenpolitik der Bundesregierung
- 11 | Aktuell**
Was kann ich für den Frieden tun?

Spenden
 Ohne Rüstung Leben
 IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
 BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden